Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3514

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

II/3 — 80606 — 5476/65

Bonn, den 8. Juni 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 10. Dezember 1964 zur Durchführung des Abkommens vom 20. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit

nebst Begründung, Abdruck der Vereinbarung in deutscher und englischer Sprache und der Denkschrift zur Vereinbarung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 283. Sitzung am 4. Juni 1965 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 10. Dezember 1964 zur Durchführung des Abkommens vom 20. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in London am 10. Dezember 1964 unterzeichneten Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 20. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs aufhalten und eine Rente aus den deutschen Rentenversicherungen beziehen, sowie ihre Familienangehörigen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs aufhalten, haben bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf Sachleistungen aus der Krankenversicherung. Die Leistungen werden von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der für diesen Ort zuständigen Landkrankenkasse oder, sofern es sich um Bezieher von knappschaftlichen Renten und deren Familienangehörige handelt, von der örtlich zuständigen Knappschaft gewährt.

(2) Hat eine Orts- oder Landkrankenkasse einer der in Absatz 1 genannten Personen bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Sachleistungen gewährt, so sind ihr die Aufwendungen für diese Leistungen in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen von dem zuständigen Träger der Rentenversicherung zu erstatten.

(3) Die Beträge, die nach Absatz 2 von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu erstatten sind, gelten als Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner im Sinne des § 1390 der Reichsversicherungsordnung.

(4) Aufwendungen, die bei Anwendung des Absatzes 1 einem Träger der knappschaftlichen Versicherung entstehen, gelten als Kosten der Krankenversicherung der Rentner im Sinne des § 132 des Reichsknappschaftsgesetzes.

Artikel 3

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens vom 20. April 1960, der Vereinbarung vom 10. Dezember 1964 und des Artikels 2 dieses Gesetzes für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der Bundesverband der Ortskrankenkassen in seiner Eigenschaft als Verbindungsstelle der Krankenversicherung im Einvernehmen mit den anderen Spitzenverbänden der Krankenversicherung. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf sämtliche Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der Durchschnittsmitgliederzahl des Vorjahres einschließlich der Rentner aufgebracht.

Artikel 4

Die nach Artikel 33 Abs. 6 der Vereinbarung von den deutschen Trägern der Unfallversicherung aufzubringenden Beträge werden auf alle Träger der deutschen Unfallversicherung umgelegt. Die Erstattung und die Umlage werden von der deutschen Verbindungsstelle für die Unfallversicherung durchgeführt.

Artikel 5

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung des Abkommens vom 20. April 1960 und der Vereinbarung vom 10. Dezember 1964

a) Träger der Sozialversicherung oder Verbände solcher Träger als Verbindungsstellen oder zuständige Träger bestimmen, ihre Aufgaben abgrenzen und die Aufsicht regeln,

b) den Personen, auf die das Abkommen und die Vereinbarung anzuwenden sind, die Vorlage von Formblättern, ärztlichen Bescheinigungen und anderen Schriftstücken sowie die Einhaltung von Fristen und die Beachtung von Meldevorschriften auferlegen,

c) ein Verzeichnis derjenigen Organisationen aufstellen, ändern oder ergänzen, deren Beschäftigte im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs nach Artikel 7 Abs. 5 des Abkommens den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik unterliegen.

Artikel 6

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) im Land Berlin.

Artikel 7

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Artikel 2 bis 4 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Artikel 2 bis 4 treten gleichzeitig mit der Vereinbarung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 35 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Die Vereinbarung bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da in der Vereinbarung das allgemeine Verwaltungsverfahren geregelt wird.

Zu Artikel 2

1. Das Protokoll über Sachleistungen vom 20. April 1960, das einen Bestandteil des deutsch-britischen Abkommens über Soziale Sicherheit darstellt, regelt nur die Ansprüche der Bezieher deutscher Renten gegen den britischen Staatlichen Gesundheitsdienst bei Aufenthalt in Großbritannien. Es regelt jedoch nicht die Gewährung von Sachleistungen aus der Krankenversicherung der Rentner nach den deutschen Rechtsvorschriften an Bezieher deutscher Renten und deren Familienangehörigen, wenn diese sich vorübergehend im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, ihren gewöhnlichen Aufenthalt aber im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs haben. Da diese Personen während des Aufenthaltes in Großbritannien durch den Staatlichen Gesundheitsdienst geschützt sind, haben sie keine weiteren Vorkehrungen für den Krankheitsfall (freiwillige Versicherung, Privatversicherung) getroffen. Es erscheint daher billig, sie auch ohne vertragliche Verpflichtung bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Schutz der deutschen Krankenversicherung der Rentner einzubeziehen, der ihnen bei gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland in der Regel auch offengestanden hätte.
2. Absatz 2 stellt sicher, daß den Trägern der deutschen Krankenversicherung die Aufwendungen, die ihnen auf Grund der Bestimmung des Absatzes 1 entstehen, von den Trägern der Rentenversicherung erstattet werden. Diese Regelung ist angemessen, da die Träger der Rentenversicherung für diese Rentner keine Beiträge an die deutsche Krankenversicherung zahlen.
3. Absatz 3 stellt klar, daß die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter die Erstattungen, die sie nach Absatz 2 geleistet haben, in das Gemeinlastverfahren einbringen können.
4. Absatz 4 bezieht die den Trägern der knappschaftlichen Versicherung entstandenen Kosten in das knappschaftliche Gemeinlastverfahren ein.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung gibt die Möglichkeit, außergewöhnliche Belastungen der Träger der Krankenversicherung auszugleichen, die bei der Ausführung des Abkommens, der Durchführungsvereinbarung sowie des Artikels 2, insbesondere infolge von Verwaltungskosten, für die keine Erstattung vorgesehen ist, entstehen können. Die Entscheidung der Verbindungsstelle unterliegt gegebenenfalls einer Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 4

Da die Vereinbarung selbst nicht festlegt, welcher deutsche Träger die in Artikel 33 Abs. 6 genannten Leistungen zu erstatten hat, mußte hier eine Bestimmung getroffen werden. Die Umlage erscheint angezeigt, da eine gleichmäßige Entlastung deutscher Träger im umgekehrten Falle eintritt.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Rechtsverordnungen zur Durchführung des Abkommens und der Vereinbarung zu erlassen.

Zu Artikel 6

Die Vereinbarung sowie die nach Artikel 5 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlinklausel.

Zu Artikel 7

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 35 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit

Agreement on the Implementation of the Convention on Social Security between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

HABEN zur Durchführung des zwischen ihnen am 20. April 1960 geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit

FOLGENDES VEREINBART:

TEIL I

Begriffsbestimmungen, Verbindungsstellen und zuständige Träger

Artikel 1

Für die Anwendung dieser Vereinbarung bedeutet der Ausdruck „Abkommen" das am 20. April 1960 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit. Die in dieser Vereinbarung verwendeten Ausdrücke haben dieselbe Bedeutung wie in dem Abkommen, soweit sich aus dieser Vereinbarung nichts anderes ergibt.

Artikel 2

(1) Verbindungsstellen im Sinne des Artikels 39 Absatz (2) des Abkommens sind

1. in der Bundesrepublik

   a) für die Krankenversicherung:
   der Bundesverband der Ortskrankenkassen in Bad Godesberg;

   b) für die Rentenversicherung der Arbeiter:
   die Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg in Hamburg;

   c) für die Rentenversicherung der Angestellten:
   die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin;

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND;

FOR THE PURPOSE of implementing the Convention on Social Security which was signed on their behalf on the 20th of April, 1960;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

PART I

Definitions, Liaison Offices and Competent Social Security Authorities

Article 1

For the purpose of the present Agreement "Convention" means the Convention on Social Security between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland which was signed in Bonn on 20th April, 1960. The expressions used in the present Agreement shall have the same meaning as in the Convention, unless otherwise provided in this Agreement.

Article 2

(1) For the purpose of paragraph (2) of Article 39 of the Convention, the liaison offices are:

1. in the Federal Republic

   (a) for sickness insurance:
   the Federation of Sickness Funds (der Bundesverband der Ortskrankenkassen) in Bad Godesberg;

   (b) for pensions insurance for manual workers:
   the Land Insurance Institute of the Free and Hanseatic City of Hamburg (die Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg) in Hamburg;

   (c) for pensions insurance for salaried workers:
   the Federal Insurance Institute for Salaried Workers (die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) in Berlin;

d) für die knappschaftliche Rentenversicherung:
die Ruhrknappschaft in Bochum;

e) für die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung:
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland in Saarbrücken;

f) für die Unfallversicherung:
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. in Bonn;

g) für die Familienbeihilfen:
der Gesamtverband der Familienausgleichskassen in Bonn;

2. im Vereinigten Königreich

a) in Großbritannien
das Ministerium für Renten und Staatliche Versicherung, Übersee-Abteilung (Ministry of Pensions and National Insurance, Overseas Group) in Newcastle upon Tyne;

das Ministerium für Renten und Staatliche Versicherung, Abteilung Familienbeihilfen (Ministry of Pensions and National Insurance, Family Allowances Branch) in Newcastle upon Tyne, soweit es sich um Familienbeihilfen handelt;

b) in Nordirland
das Ministerium für Arbeit und Staatliche Versicherung (Ministry of Labour and National Insurance) in Belfast;

c) auf der Insel Man
das Amt für soziale Angelegenheiten der Insel Man (Isle of Man Board of Social Services) in Douglas (Isle of Man).

(2) Richtet die zuständige Behörde einer Vertragspartei andere Verbindungsstellen ein, so teilt sie dies der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei mit.

Artikel 3

Die Verbindungsstellen können für alle Vordrucke, Formblätter, Anträge, Erklärungen, Bescheinigungen, Listen und sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung des Abkommens und dieser Vereinbarung verwendet werden, Muster vereinbaren. Sie können darüber hinaus Merkblätter ausarbeiten, welche die Beteiligten über ihre Ansprüche und die bei deren Geltendmachung zu beachtenden Bestimmungen unterrichten.

Artikel 4

(1) Zuständige Träger im Sinne des Artikels 1 Nummer 7 des Abkommens sind in bezug auf die Bundesrepublik

1. für die Krankenversicherung:

a) wenn der Versicherte den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik unterliegt oder unterlegen hat, der nach diesen Vorschriften zuständige oder zuletzt zuständig gewesene Träger,

b) in den anderen Fällen die Allgemeine Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, die Landkrankenkasse, in deren Bezirk sich der Versicherte aufhält oder zuletzt aufgehalten hat;

(d) for pensions insurance for miners:
the Ruhr Miners Scheme (die Ruhrknappschaft) at Bochum;

(e) for pensions insurance for iron and steel workers in the Saar;
the Land Insurance Institute of the Saar (die Landesversicherungsanstalt für das Saarland) in Saarbrücken;

(f) for accident insurance:
the Union of Industrial Labour Co-operatives (der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V.) in Bonn;

(g) for family allowances:
the General Union of Family Equalisation Funds (der Gesamtverband der Familienausgleichskassen) in Bonn;

2. in the United Kingdom

(a) in Great Britain,
the Ministry of Pensions and National Insurance, Overseas Group, in Newcastle upon Tyne, and for family allowances, the Ministry of Pensions and National Insurance, Family Allowances Branch, in Newcastle upon Tyne;

(b) in Northern Ireland,
the Ministry of Labour and National Insurance, in Belfast;

(c) in the Isle of Man,
the Isle of Man Board of Social Services in Douglas, Isle of Man.

(2) The competent authority of either Contracting Party shall notify the competent authorities of the other Party if and when other liaison offices are established.

Article 3

The liaison offices may agree standard texts for all forms, applications, declarations, certificates, lists and other documents to be used in connection with the implementation of the Convention and with the present Agreement. In addition, they may prepare leaflets for the purpose of instructing the persons concerned about their claims and the formalities which they have to observe to uphold their rights.

Article 4

(1) The competent social security authorities of the Federal Republic within the meaning of paragraph (7) of Article 1 of the Convention shall be:

1. for sickness insurance:

(a) when the person concerned is or was insured under the legislation of the Federal Republic: the social security authority which is, or was competent under the said legislation;

(b) in other cases: the General Local Sickness Fund, or where such fund does not exist, the Rural Sickness Fund in whose area the insured person is or was last resident;

2. für die Rentenversicherung der Arbeiter:

   a) die Seekasse, Hamburg, oder die Bundesbahnversicherungsanstalt, Frankfurt am Main, je nachdem, welchem Träger der Versicherte zuletzt angehört hat,

   b) in allen anderen Fällen die Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg;

3. für die Rentenversicherung der Angestellten:

   die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin;

4. für die knappschaftliche Rentenversicherung:

   die Ruhrknappschaft in Bochum;

5. für die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung:

   die Landesversicherungsanstalt für das Saarland in Saarbrücken;

6. für die Unfallversicherung:

   der jeweils zuständige Träger der Unfallversicherung;

7. für die Familienbeihilfen:

   der jeweils für die Zahlung dieser Beihilfe zuständige Träger.

(2) Die zuständige Behörde jeder Vertragspartei kann andere zuständige Träger bestimmen; dies ist der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei mitzuteilen.

2. for pensions insurance for manual workers:

   (a) the Maritime Fund in Hamburg or the Railway Employees Insurance Institute in Frankfurt a/M, as appropriate;

   (b) in all other cases, the Land Insurance Institute of the Free and Hanseatic City of Hamburg;

3. for pensions insurance for salaried workers:

   the Federal Insurance Institute for Salaried Workers in Berlin;

4. for pensions insurance for miners:

   the Ruhr Miners Scheme at Bochum;

5. for pensions insurance for iron and steel workers in the Saar:

   the Land Insurance Institute of the Saar in Saarbrücken;

6. for accident insurance:

   the competent social security authority for accident insurance;

7. for family allowances:

   the competent social security authority for payment of family allowances.

(2) The competent authority of either Contracting Party may appoint other competent social security authorities, and shall notify the appointment to the competent authorities of the other Party.

TEIL II

Durchführung der allgemeinen Bestimmungen

Artikel 5

Der zuständige Träger im Vereinigten Königreich erteilt auf Antrag der betreffenden Person oder auf Ersuchen des zuständigen deutschen Trägers eine Bescheinigung

a) über die nach Artikel 4 Absatz (2) Buchstabe a) des Abkommens zu berücksichtigenden Zeiten, wenn eine Weiterversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung beabsichtigt wird,

b) über die nach Artikel 4 Absatz (3) Buchstabe a) des Abkommens zu berücksichtigenden Beiträge, wenn eine Weiterversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung beabsichtigt wird.

Artikel 6

(1) In den Fällen des Artikels 5 Absätze (2) und (3) des Abkommens erteilt der zuständige Träger im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften Anwendung finden, dem Versicherten oder dessen Arbeitgeber auf Antrag eine Bescheinigung darüber, daß der Versicherte diesen Rechtsvorschriften weiterhin untersteht.

(2) In der Bundesrepublik stellt der zuständige Träger der Krankenversicherung diese Bescheinigung auch für die übrigen Versicherungszweige aus. Unterliegt eine Person nicht der Krankenversicherung, so wird die Bescheinigung von dem zuständigen Träger der Unfallversicherung ausgestellt.

(3) In den Fällen des Artikels 5 Absatz (2) Satz 2 des Abkommens wird, sofern nicht die zuständige Behörde der zweiten Vertragspartei etwas anderes bestimmt, die Zustimmung erteilt:

PART II

Application of General Provisions

Article 5

The competent social security authority of the United Kingdom shall, on application by the person concerned or at the request of the competent German social security authority, issue a certificate showing:

(a) the periods which, under paragraph (2) (a) of Article 4 of the Convention, should be taken into consideration when voluntary sickness insurance under German legislation is being contemplated;

(b) the contributions which, under paragraph (3) (a) of Article 4 of the Convention, should be taken into consideration when voluntary pensions insurance under the German scheme is being contemplated.

Article 6

(1) In cases arising under paragraphs (2) and (3) of Article 5 of the Convention the competent social security authority in the territory of the Contracting Party whose legislation is being applied shall issue, to the insured person or to his employer on application, a certificate showing that the insured person remains liable under that legislation.

(2) In the Federal Republic the competent social security authority for sickness insurance shall issue such certificates also on behalf of other insurance branches. Where a person concerned is not insured under a sickness insurance scheme, the certificate shall be issued by the competent social security authority for accident insurance.

(3) In cases specified in the second sentence of paragraph (2) of Article 5 of the Convention, in so far as the competent authority of the other Contracting Party does not decide differently, agreement shall be given:

a) in der Bundesrepublik

von der Verbindungsstelle für die Krankenversicherung oder, wenn der Beschäftigte nicht der Krankenversicherung unterliegt, von der Verbindungsstelle für die Unfallversicherung;

b) im Vereinigten Königreich

von der Verbindungsstelle.

Artikel 7

In den Fällen des Artikels 6 des Abkommens gilt Artikel 6 Absätze (1) und (2) dieser Vereinbarung entsprechend.

Artikel 8

(1) In den Fällen des Artikels 7 Absätze (2) und (5) des Abkommens gilt Artikel 6 Absätze (1) und (2) dieser Vereinbarung entsprechend.

(2) Zuständiger Träger für die Entgegennahme der Erklärung im Sinne des Artikels 7 Absatz (3) Buchstabe b) Unterabsatz (i) und Absatz (4) des Abkommens ist

a) wenn die Beschäftigung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik ausgeübt wird, der Träger der Krankenversicherung, der ohne Ausübung der Wahl zuständig wäre; kommt nach den deutschen Rechtsvorschriften nur eine Versicherung gegen Arbeitsunfälle in Frage, der zuständige Träger der Unfallversicherung;

b) wenn die Beschäftigung im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs ausgeübt wird, die Verbindungsstelle.

Dieser Träger unterrichtet die übrigen zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird.

(3) Bei Abgabe der Erklärung im Sinne des Artikels 7 Absatz (3) Buchstabe b) Unterabsatz (i) und Absatz (4) des Abkommens gegenüber dem Träger kann die Berechtigung zur Ausübung der Wahl durch eine Bescheinigung des Dienstherrn oder des Arbeitgebers nachgewiesen werden.

Artikel 9

(1) Organisationen, deren Beschäftigte im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik nach Artikel 7 Absatz (5) des Abkommens den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterliegen, sind:

Navy, Army and Air Force Institutes (N.A.A.F.I.),

Malcolm Clubs,

Army Kinema Corporation,

R.A.F. Cinema Corporation,

Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.), in der Bundesrepublik vertreten durch Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.); dazu gehören folgende Organisationen:

Church Army,

The Church of Scotland Committee on Hut and Canteen Work for Her Majesty's Forces,

Catholic Women's League,

British Salvation Army,

Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.),

Young Women's Christian Association (Y.W.C.A.),

Toc H.,

Methodist and United Board Churches,

Women's Voluntary Services,

British Red Cross Society, including the Order of the Knights of St. John and St. Andrew's Ambulance Association,

(a) in the Federal Republic

by the liaison office for sickness insurance or, where the person concerned is not insured under the sickness insurance scheme, by the liaison office for accident insurance;

(b) in the United Kingdom

by the liaison office.

Article 7

In cases under Article 6 of the Convention, the provisions of paragraphs (1) and (2) of Article 6 of the present Agreement shall apply, as appropriate.

Article 8

(1) In cases under paragraphs (2) and (5) of Article 7 of the Convention, the provisions of paragraphs (1) and (2) of Article 6 of the present Agreement shall apply, as appropriate.

(2) The competent social security authority for the receipt of the notice specified in paragraph (3) (b) (i) and paragraph (4) of Article 7 of the Convention shall be:

(a) when the employment takes place in the territory of the Federal Republic, the social security authority for sickness insurance which, but for the exercise of the choice would be competent for that case; but, where under the German legislation only accident insurance is concerned, the competent social security authority for accident insurance;

(b) when the employment takes place in the territory of the United Kingdom, the liaison office.

That social security authority shall notify the other competent social security authorities in the territory of the Contracting Party where the employment takes place.

(3) While giving the notice, specified in paragraph (3) (b) (i) and paragraph (4) of Article 7 of the Convention, to the social security authority, the person concerned may prove his right to the exercise of the choice by means of a certificate from his employer.

Article 9

(1) The organisations whose employees shall, by virtue of paragraph (5) of Article 7 of the Convention, be subject to the legislation of the United Kingdom whilst they are in the Federal Republic are as follows:

Navy, Army and Air Force Institutes (N.A.A.F.I.),

Malcolm Clubs,

Army Kinema Corporation,

R.A.F. Cinema Corporation,

Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.) represented in the Federal Republic of Germany by Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.); and the following organisations attached to that Council:

Church Army,

Church of Scotland Committee on Hut and Canteen Work for Her Majesty's Forces,

Catholic Women's League,

British Salvation Army,

Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.),

Young Women's Christian Association (Y.W.C.A.),

Toc H,

Methodist and United Board Churches,

Women's Voluntary Services,

British Red Cross Society, including the Order of the Knights of St. John and St. Andrew's Ambulance Association,

Forces Help Society and Lord Roberts' Workshops, Soldiers' and Airmen's Scripture Readers Association, Soldiers', Sailors' and Airmen's Families Association.

(2) Die zuständigen Behörden können das Verzeichnis in Absatz (1) ändern oder ergänzen; sie können ferner ein Verzeichnis derjenigen Organisationen aufstellen, ändern oder ergänzen, deren Beschäftigte im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs nach Artikel 7 Absatz (5) des Abkommens den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik unterliegen.

Forces Help Society and Lord Roberts' Workshops, Soldiers' and Airmen's Scripture Readers Association, Soldiers', Sailors' and Airmen's Families Association.

(2) The competent authorities may alter or supplement the list in paragraph (1); they may also establish, alter or supplement a list of organisations whose employees in the United Kingdom shall, by virtue of Article 7, paragraph (5) of the Convention, be subject to the legislation of the Federal Republic.

TEIL III
Durchführung der besonderen Bestimmungen des Abkommens

Abschnitt 1
Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft sowie Sterbegeld

Artikel 10

(1) In den Fällen des Artikels 11 des Abkommens kann der Versicherte oder der zuständige Träger, an den der Antrag auf Leistungen oder auf Beitragsgutschrift gerichtet ist, den früher zuständigen Träger der Krankenversicherung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei um Ausstellung einer Bescheinigung über die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei zurückgelegt worden sind, ersuchen.

(2) Der deutsche Träger vermerkt auf der Bescheinigung, welche Versicherungszeit auf einer Pflichtversicherung und welche Versicherungszeit auf einer freiwilligen Versicherung beruht.

Artikel 11

In den Fällen des Artikels 12 des Abkommens gilt Artikel 10 Absatz (1) dieser Vereinbarung entsprechend.

Artikel 12

(1) Um in den Fällen des Artikels 13 des Abkommens Leistungen zu erhalten, wendet sich die betreffende Person unter Angabe des Aufenthaltsortes unverzüglich an den zuständigen Träger und legt ihm eine Bescheinigung des behandelnden Arztes über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der zuständige Träger kann die Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ersuchen, die betreffende Person so der Krankenkontrolle zu unterstellen, als ob sie nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei versichert wäre. Die Kontrollberichte sollen Angaben über die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit enthalten und sind unverzüglich dem zuständigen Träger zu übersenden.

(2) Die Kosten der Krankenkontrolle werden, auch wenn es sich um ärztliche Untersuchungen handelt, nicht erstattet.

Artikel 13

In den Fällen des Artikels 14 Absatz (2) und des Artikels 15 Absatz (2) des Abkommens unterrichtet der Träger, der Leistungen bei Mutterschaft oder Sterbegeld gewährt, den zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf dessen Ersuchen.

PART III
Application of Special Provisions of the Convention

Section 1.
Sickness Benefit, Maternity Benefit and Death Grants

Article 10

(1) In any case to which Article 11 of the Convention applies, the insured person or the competent social security authority of one Contracting Party to whom the application for benefit or for credit of contributions is submitted may request the social security authority hitherto competent for sickness insurance in the territory of the other Party to issue a certificate showing the insurance periods completed under the legislation of the latter Party.

(2) The German social security authority shall explain in the certificate which of the insurance periods refer to compulsory insurance and which refer to voluntary insurance.

Article 11

In any case to which Article 12 of the Convention applies, the provisons of paragraph (1) of Article 10 of the present Agreement shall apply, subject to such modifications as may be appropriate.

Article 12

(1) In order to receive benefit under Article 13 of the Convention, the applicant shall apply without delay to the competent social security authority, stating his address, and produce a certificate of incapacity from the doctor who is attending him. The competent social security authority may request the liaison office in the territory of the other Contracting Party to keep the patient under medical control as if he was insured under the legislation of that Party. The reports on the results of the control shall contain a statement of the probable duration of the incapacity and shall be submitted to the competent social security authority without delay.

(2) The cost of the control, even if medical examinations are involved, shall not be reimbursed.

Article 13

In any case to which paragraph (2) of Article 14 or paragraph (2) of Article 15 of the Convention applies, a social security authority of one Contracting Party, on request, shall inform the competent social security authority in the territory of the other Party about the award of maternity benefit or death grant.

Abschnitt 2

Altersrenten, Invaliditätsrenten, Hinterbliebenenrenten und Waisenrenten

Altersrenten

Artikel 14

(1) Der Antrag auf Altersrente nach Artikel 20 des Abkommens soll bei dem zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der Vertragspartei eingereicht werden, in dem sich der Versicherte gewöhnlich aufhält. Hält sich der Versicherte nicht gewöhnlich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei auf, so soll der Antrag bei dem zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der Vertragspartei eingereicht werden, nach deren Rechtsvorschriften zuletzt vor Eintritt des Versicherungsfalles für den Versicherten Beiträge entrichtet worden sind, oder, wenn zuletzt nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien Beiträge entrichtet wurden, nach deren Rechtsvorschriften zuletzt Beiträge auf Grund einer Versicherungspflicht entrichtet worden sind. Der Träger, bei dem der Antrag einzureichen ist, wird in den nachfolgenden Bestimmungen als „bearbeitender Träger" bezeichnet.

(2) Wird der Antrag nicht bei dem bearbeitenden Träger, sondern bei einer anderen Stelle im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eingereicht, so leitet diese den Antrag mit allen Unterlagen unverzüglich an den bearbeitenden Träger weiter und gibt dabei den Tag an, an dem der Antrag bei ihr eingegangen ist.

(3) Der bearbeitende Träger unterrichtet unverzüglich den zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von der Antragstellung.

Artikel 15

(1) Wenn der bearbeitende Träger im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik feststellt, daß eine Person, die eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften beantragt, auch nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs versichert war, so fordert er die Person auf, das für das Vereinigte Königreich vorgesehene Antragsformblatt auszufüllen, und sendet dieses Formblatt an die Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs.

(2) Wenn der bearbeitende Träger im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs feststellt, daß eine Person, die eine Rente nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs beantragt, auch nach den deutschen Rechtsvorschriften versichert war, so fordert er die Person auf, folgendes anzugeben:

a) den oder die Träger der Rentenversicherung, bei denen sie versichert war;

b) den oder die Arbeitgeber, bei denen sie im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien beschäftigt war;

c) die Art der Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit, die sie im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien ausgeübt hat;

d) bei welchem Träger der Krankenversicherung sie in den letzten 5 Jahren vor der Antragstellung versichert war.

Der bearbeitende Träger im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs fordert die Person ferner auf, das vorgesehene deutsche Formblatt auszufüllen, und sendet dieses Formblatt an die Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik.

Section 2.

Old Age Pensions, Invalidity Pensions and Benefits for Survivors and Orphans

Old Age Pensions

Article 14

(1) An application for old age pension under Article 20 of the Convention should be sent to the competent social security authority in the territory of the Contracting Party where the insured person is ordinarily resident. Where the insured person is not ordinarily resident in the territory of either Party, the application should be sent to the competent social security authority in the territory of the Party under whose legislation contributions were last paid in respect of him, or, in the event that contributions were last paid under the legislation of both Parties, the Party under whose legislation contributions were last paid compulsorily. The social security authority to whom the application should be sent is described in the following provisions as the "examining social security authority".

(2) Where the application is not sent to the examining social security authority but to some other office in the territory of one of the Parties, it shall be sent forthwith by that office, together with all relevant information, to the examining social security authority, with a note stating the date on which it was received.

(3) The examining security authority shall inform, without delay, the social security authority in the territory of the other Party that an application has been made.

Article 15

(1) When the examining social security authority in the territory of the Federal Republic finds that a person applying for a pension under German legislation has been insured also under the legislation of the United Kingdom, it shall ask him to fill in the appropriate United Kingdom application form and shall send this form to the United Kingdom liaison office.

(2) When the examining social security authority in the territory of the United Kingdom finds that a person applying for a pension under United Kingdom legislation has been insured also under German legislation, it will obtain from him information on the following points:

(a) the social security authority or authorities with whom he was insured;

(b) the employer or employers by whom he was employed in the territory of one or the other Contracting Party;

(c) the nature of his employment or independent occupation in the territory of one or the other Party;

(d) the social security authority for sickness insurance with which he had been insured during the last five years before the application was made.

The United Kingdom examining social security authority shall then ask the insured person to fill in the appropriate German application form and shall send this form to the German liaison office.

Artikel 16

(1) Der bearbeitende Träger prüft die Angaben des Antragstellers an Hand der vorgelegten Beweisstücke, ergänzt oder berichtigt sie nötigenfalls auf Grund der angestellten Ermittlungen.

(2) Der bearbeitende Träger

a) ermittelt die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegt sind;

b) prüft, ob und in welcher Höhe der Antragsteller nach diesen Rechtsvorschriften ohne Anwendung des Artikels 20 des Abkommens Anspruch auf Rente haben würde;

c) trägt diese und alle darüber hinaus benötigten Angaben in ein Formblatt ein und übersendet zwei Ausfertigungen des Formblattes dem zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei.

(3) Der zuständige Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei

a) ermittelt die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegt sind, und berechnet die Rente, auf die der Antragsteller nach Artikel 20 des Abkommens Anspruch haben würde;

b) prüft, ob und in welcher Höhe der Antragsteller nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ohne Anwendung des Artikels 20 des Abkommens Anspruch auf Rente haben würde;

c) trägt diese und alle darüber hinaus benötigten Angaben in das Formblatt ein und sendet eine Ausfertigung dem bearbeitenden Träger zurück.

Artikel 17

(1) Hat der Antragsteller nach den Rechtsvorschriften mindestens einer Vertragspartei auch ohne Anwendung des Artikels 20 des Abkommens Anspruch auf Rente, so gilt folgendes:

Der bearbeitende Träger

a) teilt dem Antragsteller die Höhe der Rente mit, die er nach den Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei beanspruchen könnte, wenn der Anspruch festgestellt würde

1. nach Artikel 20 des Abkommens,

2. ausschließlich nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei, und

b) fordert ihn, falls nötig, unter Bestimmung einer angemessenen Frist auf, innerhalb dieser Frist zwischen den in den Nummern 1 und 2 genannten Renten zu wählen.

(2) Sobald der Antragsteller gewählt hat, stellt der bearbeitende Träger die von ihm zu gewährende Rente fest, übersendet dem zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Ausfertigung des Bescheides und teilt ihm mit, welche Rente der Berechtigte gewählt hat.

(3) Der zuständige Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei stellt die von ihm zu gewährende Rente fest und übersendet dem bearbeitenden Träger den mit Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid und eine Zweitschrift des Bescheides. Der bearbeitende Träger übersendet den Bescheid zusammen mit seinem eigenen

Article 16

(1) The examining social security authority shall verify, from any supporting documents submitted, the particulars stated in the application, and shall supplement and correct them in the light of any enquiries that may be necessary.

(2) The examining social security authority shall:

(a) determine contribution periods and equivalent periods which have been completed under its own national legislation;

(b) ascertain whether and at what rate under that legislation the applicant would be entitled to a pension without regard to Article 20 of the Convention;

(c) enter those and all other necessary particulars on an appropriate form and send two copies of this form to the competent social security authority in the territory of the other Contracting Party.

(3) The said competent social security authority in the territory of the other Party shall:

(a) determine contribution periods and equivalent periods which have been completed under its own national legislation and calculate the pension to which the applicant would be entitled under Article 20 of the Convention;

(b) ascertain whether and at what rate the applicant would be entitled to a pension under its own national legislation without regard to Article 20 of the Convention;

(c) enter these and all other necessary particulars on the form and return one copy to the examining social security authority.

Article 17

(1) Where the applicant is entitled to a pension under the legislation of at least one Contracting Party, even without any regard to Article 20 of the Convention, the following provisions shall apply:

The examining social security authority shall:

(a) inform the applicant of the amount of pension to which he would be entitled under the legislation of each Party if his claim were determined

1. in accordance with the provisions of Article 20 of the Convention; or

2. under the legislation of each Party exclusively; and

(b) having fixed a suitable time limit, if necessary, ask him to choose, as soon as possible between the pensions specified in items 1 and 2 above.

(2) As soon as the applicant has exercised his choice, the examining social security authority shall determine the amount of pension payable by them and send a copy of their decision to the competent social security authority in the territory of the other Party, together with the information about the pension which the applicant has chosen.

(3) The competent social security authority in the territory of the other Party shall determine the amount of pension payable by them and send to the examining social security authority their decision, together with instructions about the right of appeal and a duplicate copy of the decision. The examining social security

Bescheid dem Antragsteller und teilt dem zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei den Zeitpunkt mit, in dem die beiden Bescheide dem Antragsteller übersandt worden sind.

authority shall send that decision, together with their own decision, to the applicant and inform the competent social security authority in the territory of the other Party of the date on which the two decisions were sent to the applicant.

Artikel 18

(1) Besteht nach den Rechtsvorschriften

a) beider Vertragsparteien nur bei Anwendung des Artikels 20 des Abkommens Anspruch auf Rente,

b) einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien auch bei Anwendung des Artikels 20 des Abkommens kein Anspruch auf Rente,

entscheidet zunächst der in Artikel 16 Absatz (3) genannte Träger über den Antrag und übersendet dem bearbeitenden Träger den mit Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid in doppelter Ausfertigung.

(2) Der bearbeitende Träger entscheidet ebenfalls über den Antrag und übersendet seinen mit Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid zusammen mit dem Bescheid des zuständigen Trägers im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei dem Antragsteller. Er übersendet dem zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Ausfertigung seines Bescheides und teilt ihm den Zeitpunkt mit, in dem die beiden Bescheide dem Antragsteller übersandt worden sind.

Article 18

(1) When under the legislation:

(a) of both Contracting Parties the pension is payable only in accordance with the provisions of Article 20 of the Convention; or

(b) of one or both Parties, even in accordance with the provisions of Article 20 of the Convention, no pension is payable;

the social security authority specified in paragraph (3) of Article 16 of the present Agreement shall decide on the application and send to the examining social security authority the text of the decision, in duplicate, together with instructions about the right of appeal.

(2) The examining social security authority also shall determine the claim and send the decision to the applicant together with the decision of the competent social security authority in the territory of the other Party, and with instructions about the right of appeal. It shall send a copy of its decision to the competent social security authority in the territory of the other Party and inform that authority of the date on which the two decisions were sent to the applicant.

Artikel 19

Die Artikel 16 bis 18 schließen nicht aus, daß der zuständige Träger im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ohne Anwendung des Artikels 20 des Abkommens eine Rente oder einen Vorschuß für einen Zeitraum vor der Feststellung der Renten nach Artikel 20 des Abkommens zahlt. In diesem Fall unterrichtet der zuständige Träger die Verbindungsstellen im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien von der Zahlung.

Article 19

Nothing in any of the Articles 16, 17 and 18 of the present Agreement shall prevent the competent social security authority in the territory of either Contracting Party from paying a pension or making an advance payment without regard to the provisions of Article 20 of the Convention during any period that may elapse before pensions have been determined under that Article. In such a case, the competent social security authority shall inform the liaison offices in the territories of both Parties of such payment.

Invaliditätsrenten

Artikel 20

Für den Antrag auf Invaliditätsrente nach den Artikeln 23 bis 25 des Abkommens gelten die Artikel 14 bis 16 und 18 dieser Vereinbarung entsprechend.

Invalidity Pensions

Article 20

Subject to such modifications as the differing nature of the benefit may require, the provisions of Articles 14, 15, 16 and 18 of the present Agreement shall apply to applications for invalidity pensions made under Articles 23, 24 and 25 of the Convention.

Artikel 21

Der zuständige Träger legt bei der Entscheidung, ob Arbeitsfähigkeit gegeben ist oder in welchem Grad die Erwerbsfähigkeit gemindert ist, die ärztlichen Befunde und sonstigen Unterlagen zugrunde, die ihm der zuständige Träger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei übersandt hat. Die zuständigen Träger haben jedoch das Recht, den Antragsteller durch einen Arzt ihrer Wahl untersuchen zu lassen.

Article 21

For the purpose of deciding whether the insured person is capable of work or for assessing his percentage loss of earning capacity, the competent social security authority of one Contracting Party shall take, as a basis for its decision, the medical reports and other particulars sent to it by the competent social security authority in the teritory of the other Party. The competent social security authorities, however, shall have the right to arrange for a medical examination of the applicant by a medical practitioner of their own choice.

Hinterbliebenenrenten und Waisenrenten

Artikel 22

Für den Antrag auf Hinterbliebenenrente gelten die Artikel 14 bis 19, für den Antrag auf Waisenrente die Artikel 20 und 21 entsprechend.

Survivor's Benefit and Orphan's Benefit

Article 22

Subject to such modifications as the differing nature of the benefits may require, the provisions of Articles 14 to 19 of the present Agreement shall apply to survivor's benefit and the provisions of Articles 20 to 21 to orphan's benefit.

Abschnitt 3
Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Artikel 23

Hält sich der Versicherte oder der Hinterbliebene gewöhnlich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei auf und beansprucht er Leistungen nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei, so kann die Unfallanzeige auch bei der Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei eingereicht werden. Diese übersendet die Anzeige unter Angabe des Tages, an dem sie bei ihr eingegangen ist, unverzüglich der Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei zur Weiterleitung an den zuständigen Träger.

Section 3.
Benefit for Industrial Injuries and Diseases

Article 23

Where an insured person or a dependant of an insured person is ordinarily resident in the territory of one Contracting Party and applies for benefit under the legislation of the other Party, the notification of the accident may be sent to the liaison office in the territory of the first-mentioned Party. That office shall immediately forward the notification, stating the day on which it was received, to the liaison office in the territory of the other Party for transmission to the competent social security authority.

Abschnitt 4
Sonstige Bestimmungen

Artikel 24

(1) Zahlungen, die in Durchführung des Abkommens nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei an Personen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erfolgen, sind zu dem Kurs umzurechnen, der auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) beruht und innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegt.

(2) Besteht für eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Zahlung kein Umrechnungskurs im Sinne des Absatzes (1), so wird der amtliche Kurs angewendet, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat.

Section 4.
Other Provisions

Article 24

(1) Any payment made under the legislation of one Contracting Party to a person in the territory of the other Party, in pursuance of the Convention, shall be converted at the exchange rate which is based on the par value agreed with the International Monetary Fund and lies within the margins above and below parity admitted under Section 3 of Article IV of the Agreement of the International Monetary Fund.

(2) If at the time of the payment one of the Parties has no exchange rate as defined by paragraph (1) above, the official rate fixed by this Party for its currency in relation to the U.S. dollar, or to another freely convertible currency, or to gold, shall be applied.

Artikel 25

(1) Langfristige Leistungen, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei an Personen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu zahlen sind, können auf Ersuchen des zuständigen Trägers durch die Verbindungsstellen im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei (zahlende Stellen) nach Maßgabe der Artikel 26 bis 29 gezahlt werden. Zahlt der zuständige Träger solche Leistungen unmittelbar an Personen, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhalten, so teilt er diese Zahlungen der Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei mit.

(2) Auf Ersuchen der Verbindungsstelle kann ein Träger im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie ihren Sitz hat, als zahlende Stelle tätig werden.

Article 25

(1) Any long term benefit which is payable under the legislation of one Contracting Party to a person in the territory of the other Party, may be paid by the liaison office (paying agent) in the territory of the other Party at the request of the competent social security authority according to the provisions of Articles 26 to 29 of the present Agreement. Where such a benefit is paid directly by the competent social security authority to a person who is ordinarily resident in the territory of the latter Party, the payment shall be notified to the liaison office in the territory of the other Party.

(2) At the request of the liaison office, a social security authority of the Party in whose territory the liaison office has its headquarters, may agree to act as paying agent.

Artikel 26

Die zuständigen Träger im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei fassen die von ihnen zu gewährenden Zahlungen in Zahlungslisten zusammen, in denen die Namen und Anschriften der Empfangsberechtigten anzugeben sind; diese Listen werden nur für den ersten Zahlungsmonat erstellt. Für die weiteren Monate werden lediglich Zugangs- und Abgangslisten übersandt. Die Listen sind 20 Tage vor Fälligkeit der Zahlung in zweifacher Ausfertigung an die zahlende Stelle zu übersenden.

Article 26

The competent social security authorities in the territory of each Contracting Party shall compile lists of payments authorised by them, with names and addresses of persons who are entitled to receive the benefit. These lists shall be produced only for the first month of payment. For further months only the lists of additions and deletions shall be sent. The lists shall be sent to the paying agents in duplicate twenty days before the payment of benefit is due to be made.

Artikel 27

(1) Die fälligen Beträge, die in der in Artikel 26 genannten Zahlungsliste bezeichnet sind, sind den zahlenden Stellen 10 Tage vor Fälligkeit der Zahlungen zu

Article 27

(1) The amounts due, specified in the paying lists mentioned in Article 26, shall be sent to the paying agents ten days before the payment of benefit is due

übersenden. Sie werden den Berechtigten durch die zahlende Stelle im Auftrag der zuständigen Träger am Fälligkeitstag gezahlt.

(2) Die Zahlung kann in der Art und Weise erfolgen, die bei der zahlenden Stelle üblich ist.

(3) Die zahlende Stelle haftet für die ordnungsgemäße Durchführung der Zahlungen.

(4) Erhält die zahlende Stelle oder eine von dieser mit der Durchführung der Zahlung beauftragte Stelle von einem Umstand Kenntnis, der das Ruhen oder den Wegfall der Leistungen rechtfertigt, stellt sie die Zahlung ein. Das gleiche gilt, wenn der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt in ein anderes Land verlegt.

Artikel 28

(1) Die Leistungen werden den Berechtigten ohne Abzug von Verwaltungs- oder Überweisungskosten ausgezahlt.

(2) Die zahlenden Stellen tragen die Kosten, die ihnen durch die Auszahlung entstehen.

Artikel 29

Als Nachweis für die Zahlungen übersenden die zahlenden Stellen nach jedem Zahlungstermin dem zuständigen Träger eine Bestätigung über die gezahlten Beträge und die unterbliebenen Zahlungen unter Angabe der Gründe für das Unterbleiben der Zahlung. Die nicht ausgezahlten Beträge werden mit den für den nächsten Abrechnungszeitraum zu überweisenden Beträgen verrechnet. Die Verbindungsstellen können Näheres vereinbaren.

Artikel 30

(1) Einmalige Leistungen, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Personen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu zahlen sind, können auf Ersuchen des zuständigen Trägers von den Verbindungsstellen (zahlende Stellen) im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei gezahlt werden. Artikel 25 Absatz (2) und Artikel 29 gelten entsprechend.

(2) Spätestens zwei Monate nach Eingang der Bestätigung über die geleistete Zahlung bei der Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem der zuständige Träger seinen Sitz hat, erstattet der zuständige Träger den gezahlten Betrag.

TEIL IV

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 31

Artikel 39 Absatz (3) des Abkommens findet auch dann Anwendung, wenn sich der Antragsteller gewöhnlich im Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs aufhält und Beitragszeiten oder gleichgestellte Zeiten nur nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt hat.

Artikel 32

Beantragt eine Person, die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhält, eine Leistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei oder legt sie gegen eine nach diesen Rechtsvorschriften ergangene Entscheidung ein Rechtsmittel ein, so veranlaßt die Verbindungsstelle im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei auf Ersuchen des zuständigen Trägers im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei, daß die Person oder ihre Familienangehörigen ärztlich untersucht und die Ermittlungen angestellt werden, um die ersucht wird oder die sie für

to be made. They shall be paid to beneficiaries, on the date on which they are due, by the paying agents on behalf of the competent social security authorities.

(2) A payment may be made in the manner usually employed by the paying agent.

(3) A paying agent shall be liable for the regular disbursement of payments.

(4) A paying agent or some other office acting on its behalf shall suspend payment when it receives information about circumstances justifying the suspension or cancellation of payment of the benefits. The same rule shall apply when the beneficiary transfers his ordinary residence to another country.

Article 28

(1) Benefits shall be paid to beneficiaries, free from deducations of administrative expenses or transfer costs.

(2) The paying agent shall bear any expenses it may incur in making the payments.

Article 29

After every pay day the paying agent shall send to the competent social security authority a statement confirming the amounts paid and the amounts not paid and explaining the reasons for the non-payment. The amounts which were not paid shall be reckoned against the amounts to be remitted for the next period of settlement. The liaison offices may make more detailed arrangements.

Article 30

(1) Any lump sum payable under the legislation of one Contracting Party to a person in the territory of the other Party may be paid by the liaison office (paying agent) in the territory of the other Party at the request of the competent social security authority. The provisions of paragraph (2) of Article 25 and of Article 29 of the present Agreement shall apply mutatis mutandis.

(2) The competent social security authority shall refund the amount paid not later than two months after a certificate of payment is received by the liaison office of the Party in whose territory the competent social security authority has its headquarters.

PART IV

Miscellaneous Provisions

Article 31

The provisions of paragraph (3) of Article 39 of the Convention shall apply in any case where the applicant is ordinarily resident in the territory of the United Kingdom and has completed contribution periods or equivalent periods only under German legislation.

Article 32

Where a person who is in the territory of one Contracting Party applies for benefit or appeals against a decision given under the legislation of the other Contracting Party, the liaison office in the territory of the former Contracting Party, at the request of the competent social security authority in the territory of the latter Contracting Party, shall arrange for the person or any dependant of his, to be medically examined and for any necessary enquiries to be made, as requested or as deemed necessary, and shall send to the competent social security authority of

erforderlich hält; sie übersendet dem zuständigen Träger im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei einen Bericht über die ärztliche Untersuchung und das Ergebnis der Ermittlung.

Artikel 33

Bei Anwendung des Artikels 2 des Protokolls über Sachleistungen gilt folgendes:

1. In den Fällen des Absatzes (2) Buchstabe a) gilt der Nachweis, daß eine Person nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs versichert ist, als erbracht, wenn die in Artikel 6 Absatz (1) oder Absatz (3) dieser Vereinbarung vorgesehene Bescheinigung vorgelegt wird.
2. In den Fällen des Absatzes (2) Buchstabe b) legt der Familienangehörige dem zuständigen deutschen Träger zum Nachweis seines Beitrittsrechts eine Bescheinigung des zuständigen Trägers des Vereinigten Königreichs vor, aus der sich ergibt, daß er Familienangehöriger einer nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs versicherten Person ist.
3. In den Fällen des Absatzes (2) Buchstabe c) legt die dort genannte Person dem zuständigen deutschen Träger zum Nachweis ihres Beitrittsrechts eine Bescheinigung des zuständigen Trägers des Vereinigten Königreichs vor, aus der sich ergibt, daß sie nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Anspruch auf eine Altersrente, eine Invaliditätsrente oder eine Hinterbliebenenrente hat.
4. In den Fällen des Absatzes (2) Buchstabe d) legt der Vormund der Waise zum Nachweis ihres Beitrittsrechts dem zuständigen deutschen Träger eine Bescheinigung des zuständigen Trägers des Vereinigten Königreichs vor, aus der sich ergibt, daß für die Waise eine Beihilfe für Waisen nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs gezahlt wird.
5. In den Fällen des Absatzes (3) gilt Artikel 10 Absatz (1) dieser Vereinbarung entsprechend.
6. In den Fällen des Absatzes (5) gilt Nummer 1 entsprechend mit der Maßgabe, daß die Bescheinigung auch nähere Angaben über die Unfallschädigung und die Berufskrankheit enthalten muß. Die Sachleistungen werden für Rechnung der deutschen Träger der Unfallversicherung von der für den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der Landkrankenkasse gewährt.

Artikel 34

Artikel 1 des Schlußprotokolls zu dem Abkommen gilt für diese Vereinbarung entsprechend.

Artikel 35

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Die Vereinbarung tritt am ersten Tage des zweiten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

the latter Contracting Party a report of the medical examination and the enquiries.

Article 33

For the purpose of applying the provisions of Article 2 of the Protocol concerning benefits in kind, the following provisions shall apply:

(1) In any case to which the provisions of paragraph (2) (a) of that Article apply, a certificate specified in paragraph (1) or (3) of Article 6 of the present Agreement shall be accepted as evidence of insurance under the legislation of the United Kingdom.

(2) In any case to which the provisions of paragraph (2) (b) of that Article apply, the dependant, as proof of his right of membership, shall submit to the competent German social security authority a certificate issued by the competent social security authority of the United Kingdom showing that he is a dependant of a person insured under the legislation of the United Kingdom.

(3) In any case to which the provisions of paragraph (2) (c) of that Article apply, the person mentioned in those provisions shall submit to the competent German social security authority, as proof of his right of membership, a certificate issued by the competent social security authority of the United Kingdom, showing that under the United Kingdom legislation he is entitled to receive an old age pension, invalidity pension or survivor's benefit.

(4) In any case to which the provisions of paragraph (2) (d) of that Article apply, the guardian of an orphan shall submit to the competent German social security authority as proof of the orphan's right of membership, a certificate from the competent social security authority of the United Kingdom showing that a guardian's allowance in respect of the orphan under the legislation of the United Kingdom is being paid.

(5) In any case to which the provisions of paragraph (3) of that Article apply, the provisions of paragraph (1) of Article 10 of the present Agreement shall apply, subject to such modifications as may be appropriate.

(6) In any case to which the provisions of paragraph (5) of that Article apply, the provisions of paragraph (1) of this Article shall apply mutatis mutandis, provided that the certificate must also contain detailed information about the industrial injury or disease. The benefits in kind shall be provided on behalf of the German social security authority for accident insurance by the general local sickness fund where the person concerned resides, or, where such a fund does not exist, by the rural sickness fund.

Article 34

The provisions of Article 1 of the Final Protocol to the Convention shall apply to the present Agreement.

Article 35

(1) The present Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged in Bonn as soon as possible.

(2) The present Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

Artikel 36

Diese Vereinbarung wird für die Dauer eines Jahres vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens an geschlossen. In der Folge bleibt sie jeweils von Jahr zu Jahr weiter in Kraft, sofern sie nicht drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Vereinbarung mit ihren Unterschriften versehen.

GESCHEHEN zu London am 10. Dezember 1964, in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 36

The present Agreement shall remain in force for a period of one year from the date of its entry into force. Thereafter it shall continue in force from year to year unless it is denounced in writing three months before the expiry of any such yearly period.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries have signed the present Agreement.

DONE in duplicate at London this 10th day of December, 1964, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

Hasso von Etzdorf

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Walter Padley

Denkschrift

zu der Vereinbarung vom 10. Dezember 1964 zur Durchführung des Abkommens vom 20. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit.

I. Allgemeines

Die Vereinbarung regelt die Durchführung des deutsch-britischen Abkommens über Soziale Sicherheit. Soweit nicht Besonderheiten des britischen Rechts Abweichungen erfordern, hält sie sich dabei an das in der Verordnung Nr. 4 des Rates der EWG zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung Nr. 3 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer festgelegte System.

Da die Vereinbarung auch normative Bestimmungen enthält, bedarf sie der Ratifizierung.

II. Besonderes

Die Vereinbarung umfaßt 26 Artikel und ist in die Teile

I — Begriffsbestimmungen, Verbindungsstellen und zuständige Träger,

II — Durchführung der allgemeinen Bestimmungen,

III — Durchführung der besonderen Bestimmungen,
- Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft sowie Sterbegeld,
- Altersrenten, Invaliditätsrenten, Hinterbliebenenrenten und Waisenrenten,
- Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
- sonstige Bestimmungen,

IV — Verschiedene Bestimmungen,

gegliedert.

Die Vereinbarung weicht in folgenden Punkten von der Systematik der Verordnung Nr. 4 ab:

a) Sie enthält keine Vorschriften über die aushilfsweise Gewährung von Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft und Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten). Eine solche Regelung war nicht möglich, da nach dem britischen System die Sachleistungen vom Staatlichen Gesundheitsdienst gewährt werden und eine diesem System entsprechende Einrichtung in der Bundesrepublik nicht besteht. Während deutschen Staatsangehörigen die Leistungen des Staatlichen Gesundheitsdienstes bei Aufenthalt in Großbritannien kostenfrei gewährt werden, müssen sich britische Staatsangehörige bei Aufenthalt in Deutschland für den Anspruch auf Sachleistungen aus der Krankenversicherung bei einem deutschen Träger freiwillig versichern. Lediglich Personen, die auf Grund eines nach britischem Recht zu entschädigenden Arbeitsunfalles (Berufskrankheit) leistungsberechtigt sind, erhalten, solange sie sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befinden, Leistungen, als ob sie nach deutschem Recht zu entschädigen wären. Dieser Besonderheit und der dabei zu beachtenden verwaltungsmäßigen Besonderheiten trägt Artikel 33 der Vereinbarung Rechnung.

b) Das deutsch-britische Abkommen sieht bei Alters-, Hinterbliebenen- und Waisenrenten die Möglichkeit vor, zwischen den Renten nach dem Abkommen — in der Regel Teilrenten — und den Renten zu wählen, die allein nach innerstaatlichem Recht gewährt werden. Artikel 17 bis 22 der Vereinbarung regeln die sich aus dieser Bestimmung ergebenden verwaltungsmäßigen Besonderheiten.

c) Großbritannien gewährt Familienbeihilfen nur für Kinder, die im Inland wohnen. Auf eine besondere Regelung dieser Frage konnte daher in der Vereinbarung verzichtet werden.

Bo 20 159 6. 65